

Zeichenerklärung

Allgemeines Wohngebiet

§ 4 BauNVO

WA

Mischgebiet

§ 6 BauNVO

MI

Zahl der Vollgeschosse

a) Höchstgrenze

II

b) zwingend

II

c) Mindest- und Höchstgrenze

II/III

Nutzungsschablone

Art der Nutzung	Zahl d. Vollgesch. bzw. TH=Traufhöhe	WA II
Grundflächenzahl	Geschoßflächenzahl	02 05
Bauweise	Dachneigung	O 25°

WA II
02 05
O 25°

Bauweise

offene Bauweise

O

Doppelhäuser (Grenzbebauung zwingend)

D

Baugrenze

Baulinie

Bestehende Bebauung bzw. deren nachrichtliche Übernahme
mit Firstrichtung

Firstrichtung und Stellung bei Neubauten

Flächen für den Gemeinbedarf mit Einschrieb nach Zweck

Umgrenzung von privaten Stellplätzen und Garagen

Ga/St

Verkehrsflächen - Straßenbegrenzungslinien

Öffentliche Parkierungsflächen

P

Flächen für Versorgungsanlagen:

Elektrizität: Kraftwerk Rheinfelden
(Trafo)

Grünflächen mit Einschrieb privat oder öffentlich

Kinderspielplatz

Umgrenzung der Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind

Anpflanzungen gem. § 9, 1, 25a BauGB, z.B. von Bäumen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung innerhalb von Baugebieten

Vorgeschlagene Grundstücksgrenzen

Geh-, Fahr- und Leitungsrechte (mit Einschrieb)

Ein- und Ausfahrt

Von der Änderung betroffener Bereich

Aufstellung

nach § 2 Abs. 1 BauGB durch Beschluß
des Gemeinderates vom 8.1.1991

Wehr, den 9. Sep. 1991



Bürgermeister

i.v. Beigeordneter

Öffentliche Auslegung

nach § 3 Abs. (2) BauGB
vom 21.5.1991 bis 24.6.1991
Beschluß des Gemeinderates
vom

Wehr, den 9. Sep. 1991



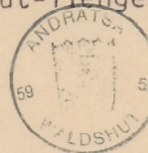
Bürgermeister

i.v. Beigeordneter

Genehmigung (§ 11 BauGB)

durch das Landratsamt
am

angezeigt am 09. SEP. 1991
Waldshut-Tiengen, den
LANDRATSAMT WALDSHUT



Landratsamt Waldshut

Die Richtigkeit der karthographischen Darstellung
des Bebauungsplanes und die Übereinstimmung mit
dem amtlichen Vermessungswerk wird bestätigt.

Waldshut-Tiengen, den

Vermessungsamt

Bürgerbeteiligung

nach § 3 Abs. (1) BauGB über Planung
und Begründung wurde vom
bis durchgeführt.

Wehr, den

Bürgermeister

Beschluß als Satzung

nach § 10 BauGB am 27.8.1991

Wehr, den 9. Sep. 1991



Bürgermeister

i.v. Beigeordneter

Inkrafttreten

des Bebauungsplanes nach § 12 BauGB
Öffentliche Bekanntmachung
am
Rechtsverbindlichkeit am

Wehr, den

Bürgermeister

Dieser Bebauungsplan
dient nur der recht-
lichen Sicherung der
Erschließung. Er ist
kein Werkplan f. d.
technische Durchfüh-
rung von Erschlie-
bungsarbeiten.

M = 1:1000

STADT WEHR

BEBAUUNGSPLAN

BREITMATT-KLOSTERHOF

ÄNDERUNG

Der Bürgermeister:

Wehr, den 9. Sep. 1991



i.v. Beigeordneter

Der Planverfasser:

Wehr, den 28.1.91

Handwritten signature